

11.05.2021

# Antrag

**der Fraktion der SPD**

## **Impulse des Baulandmobilisierungsgesetzes für NRW schnell nutzen**

### **I. Ausgangslage**

Der Deutsche Bundestag hat am Freitag, den 7. Mai in zweiter und dritter Lesung das Baulandmobilisierungsgesetz verabschiedet. Es ist Bestandteil der insbesondere auf Druck der SPD in den Koalitionsvertrag aufgenommenen Wohnraumoffensive. Mit dieser Gesetzgebung werden die Instrumente für die Kommunen zur Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum geschärft. Weiterhin werden die Mieterinnen und Mieter besser vor Verdrängung geschützt und die Eingriffsmöglichkeiten für den Erhalt sozialer Wohnquartiere wie auch zur Entwicklung der Innenstädte gestärkt.

Dahinter verbergen sich zahlreiche Regelungen, die insbesondere die Kommunen nachhaltig unterstützen können. Dies reicht von Vereinfachungen bei der Errichtung zusätzlichen bezahlbaren Wohnraums über die Verhinderung von Spekulationen mit Wohnraum bis zur Stärkung des mietpreisgebundenen Wohnungsbaus durch den Schutz der Mieterinnen und Mieter, was deren Verbleib in angestammten Wohnquartieren angeht.

Mit einer zeitnahen Umsetzung dieses verbesserten Bundesrechts in landesrechtliche Bestimmungen, können die Länder jetzt wirksame Hilfen für die Mieterinnen und Mieter sowie die Kommunen auf den Weg bringen. Hierbei kommt den Kommunen vor Ort eine entscheidende Rolle zu, wenn Ihnen die Landesregierung eine geeignete landesrechtliche Umsetzung des Baulandmobilisierungsgesetz an die Hand gibt, auf deren Basis sie wirksam im Interesse der Menschen handeln können.

Deswegen kommt es jetzt darauf an, dass die Landesregierung zügig das Bundesgesetz auf die Landesebene überträgt. Nur so können die Kommunen von den neu geschaffenen Instrumenten des Baulandmobilisierungsgesetzes profitieren.

### **II. Der Landtag stellt fest:**

- Mit dem Baulandmobilisierungsgesetz hat der Deutsche Bundestag eine deutliche Verbesserung des Bundesrechtes beschlossen, das den Kommunen in den Ländern wirksame Hilfen zur Bewältigung der Herausforderungen der Wohnraumversorgung der Bevölkerung bieten kann.
- Das Baulandmobilisierungsgesetz des Bundes ist für Nordrhein-Westfalen und seine Kommunen eine große Chance, um wirksamer als bisher den Herausforderungen des Wohnungsmarktes begegnen zu können.

Datum des Originals: 11.05.2021/Ausgegeben: 11.05.2021

- Das für die Mieterinnen und Mieter sowie die Kommunen gute Gesetz muss jetzt zeitnah durch die Landesregierung umgesetzt werden, damit die neuen Instrumente für mehr bezahlbaren Wohnraum, für den Schutz der Mieterinnen und Mieter vor Verdrängung aus angestammten Wohnquartieren und für den Erhalt sozialer Quartiere in Nordrhein-Westfalen angewandt werden können.

### **III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,**

- die Bestimmungen des Baulandmobilisierungsgesetzes für Nordrhein-Westfalen zeitnah anwendbar zu machen,
- dabei zu aller erst die Interessen der Kommunen zu berücksichtigen, die auf eine Stärkung ihrer Rechtsinstrumente zur sozialen Gestaltung des Wohnungsmarktes im Interesse des Gemeinwohls und insbesondere der Versorgung der Bevölkerung mit gutem und bezahlbarem Wohnraum angewiesen sind.
- im Weiteren die sozialen Bedarfslagen der Bevölkerung zu berücksichtigen, was den Schutz des angestammten Wohnraums in den gewachsenen Wohnquartieren der Kommunen angeht.
- im engen Austausch mit den kommunalen Spitzenverbänden und den in den Kommunen vorhandenen Kompetenzen und Erfahrungen zur dynamischen Wohnungsmarktentwicklung, die benötigte Gestaltungsfreiheit und Rechtssicherheit für die Umsetzung des Bundesgesetzes vor Ort zu gewährleisten.

Thomas Kutschaty  
Sarah Philipp  
Christian Dahm  
Andreas Becker

und Fraktion